

Niederschrift
über die 51. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche
am 16.01.2020

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Prof. Dr. Martin Sauer

CDU

Herr Michael Ulrich Krüger

Herr Stefan Röwekamp

Herr Steve Wasyliw

Herr Michael Weber

SPD

Frau Sylvia Gorsler

Frau Susanne Kleinekathöfer

Frau Heike Peppmüller-Hilker

Herr Dirk Rickmann

Herr Reinhard Schäfers

Frau Graciela Toledo Gonzalez

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stephan Godejohann

Herr Gerd Militzer

Frau Renate Niederbudde

Bielefelder Mitte

Frau Renate Dederling

Die Linke

Frau Inge Bernert

Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

Von der Verwaltung:

Herr Michael Töpler zu TOP 8

Herr Ascan von Neumann-Cosel, Bauamt Untere Denkmalbehörde zu TOP 9

Herr Andreas Hansen, Bezirksamt Jöllenbeck

Frau Martina Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck – Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 51. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 16.01.2020 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sodann schlägt er Änderungen in der Tagesordnung vor:

- Der TOP 6 wird vertagt auf die nächste Sitzung am 13.02.2020 (Begründung s. dort)
- Über den Antrag TOP 5.2 stimmt die BV wegen der inhaltlichen Nähe erst nach dem Vortrag zu TOP 9 ab
- Nach dem Vortrag zu TOP 9 wird die Sitzung für eine Bürgeranfrage, die zu dem Thema passt, unterbrochen

Die Mitglieder der Bezirksvertretung stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche**

Zu Punkt 1.1 **Frage von Herrn Udo Stelzner, Hägerweg 13 e, 33613 Bielefeld zum Neubau Laurentius-Heim**

Herr Stelzner bezieht sich darauf, dass in der vergangenen Sitzung der BV Schildesche dem Aufstellungsbeschluss für den Neubau des Laurentius-Heims an der Weihestraße zugestimmt wurde.

1. Welche weiteren Maßnahmen werden seitens der Stadt vorgenommen?
2. Wie ist der Ablauf?
3. Wann wird das Grundstück verkauft?

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Sauer geht kurz auf die frühzeitige Öffentlichkeitsveranstaltung ein, die voraussichtlich im Februar 2020 stattfinden wird und sagt zu, die Fragen zur Beantwortung an das Bauamt/ISB weiterzuleiten.

Zu Punkt 1.2 **Frage von Herrn Jürgen Simmering, Jölllenbecker Straße 211 a, 33613 Bielefeld**

Herr Simmerings Frage bezieht sich auf den geplanten Neubau des Laurentius-Heims an der Weihestraße:

Wie kann die Frischluftzufuhr in der Achse zwischen Gellershagener Park und Jölllenbecker Straße gewährleistet sein, wenn im Gellershagener Park an der Weihestraße das neue Gebäude entsteht? Gibt es dazu ein Gutachten?

Herr Simmering verweist auf die Sitzung des AfuK am 14.1.2020: Demnach liegt laut dem Klimaschutzkonzept das Gebiet, auf dem der Neubau entstehen soll, in einer Luftleitbahn. Das Gebiet sei bereits jetzt rot eingefärbt, ist eine „Wärmeinsel“.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, die Frage an das Umweltamt weiterzuleiten.

Zu Punkt 1.3 Frau von Frau Vivienne Korn, Am Kattenkamp 1 d, 33611 Bielefeld

Frau Korn ist als Elternvertreterin der Plaßschule in der Sitzung und hat folgende Fragen zu den Toiletten in der Plaßschule, da diese stinken und kaum zu benutzen sind:

1. Warum hängen keine Geruchsbekämpfer (von der Firma Solution Glöckner)?
2. Warum wird der vorhandene Geruchsbinder nur 1 x pro Woche gesprüht?
3. Ist es möglich, die von den Eltern vorgeschlagenen Putzmittel zu testen?
4. Ist es möglich, die Rohrleitungen zu überprüfen, um mögliche Geruchsquellen auszuschließen?
5. Warum gibt es nur so wenig Toiletten an der Plaßschule? Vorgeschrieben wären viel mehr?
6. Wenn alles nicht hilft: Wann können die Toiletten saniert werden?

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, die Fragen an den Immobilienservicebetrieb weiterzuleiten.

Zu Punkt 1.4 Frage von Frau Helena Barisic, Fliederstraße2, 33729 Bielefeld

Frau Barisic hat ihre Tochter an der Stiftsschule angemeldet und eine Ablehnung erhalten, obwohl sie seit vielen Jahren eine Kita in Schildesche besucht.

Sie fragt, ob an der Stiftsschule eine weitere Eingangsklasse eingerichtet werden könne, da der Bedarf ja offensichtlich vorhanden ist.

Hierzu liegt bereits die Aussage des Schulamtes vor, dass es nicht geplant sei, eine weitere Klasse einzurichten. Die Antwort wurde im Beisein von Frau Barisic vorgetragen; es erfolgt keine weitere schriftliche Benachrichtigung.

Zu Punkt 1.5 **Frage von Herrn Günter Krause, Wiesenbreite 15 b, 33611 Bielefeld**

Frage zum geplanten Neubau Laurentius-Heim:

Laut Frau Geppert bestehe hinsichtlich des Flächennutzungsplans Planungsrecht. Herr Krause ist der Meinung, dass der FNP dem aktuellen Bebauungsplan hätte angepasst werden müssen. Wie kommt Frau Geppert zu dieser rechtlichen Feststellung?

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, diese Frage an das Bauamt weiterzuleiten.

Zu Punkt 1.6 **Frage von Frau Rita Jablonowski, Weihestraße 34, 33613 Bielefeld**

Frau Jablonowski ist direkte Nachbarin des jetzigen Laurentius-Heims.

Ihre Frage: Was geschieht mit dem alten Gebäude?

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer weist daraufhin, dass die Frage hier nicht beantwortet werden kann, da das Gebäude dem Verband katholischer Altenheime gehört. Laut Vorstand des Verbandes gab es die Aussage, dass das Gebäude verkauft werden soll, um mit dem Erlös den Neubau zu finanzieren. Es sollen Seniorenwohnungen erstellt werden.

Herr Wasyliw weist daraufhin, dass Frau Jablonowski direkt mit dem VKA Kontakt aufnehmen müsse, da das Gebäude nicht der Stadt gehört.

Ergänzende Fragen: Plant der ISB einen Tausch der Grundstücke? Ist der Verkauf des Grundstückes an die Bedingung geknüpft, das bisherige Grundstück zu kaufen?

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, die ergänzenden Fragen an den ISB weiterzuleiten.

Herr Hansen weist auf die frühzeitige Öffentlichkeitsveranstaltung hin, die voraussichtlich im Februar 2020 stattfinden wird. Dort können alle Fragen zum Laurentius-Heim gestellt werden. Die Bürger werden durch Zeitungsanzeigen und Wurfsendungen über diesen Termin informiert.

Zu Punkt 1.7 **Frage von Herrn Heinz Hilker, Am Pfarracker 52 e, 33611 Bielefeld zur Erhaltungssatzung**

Herr Hilker stellt folgende Fragen zum Thema „Anpassung des Bebauungsplans für den Ortskern Schildesche an die Erhaltungssatzung:

1. „Möchte die Bezirksvertretung Bielefeld-Schildesche die Erhaltungssatzung vom 13.8.1994 und die Ortssatzung von 1994 für den Ortskern Schildesche (die noch für den Ortskern Schildesche gültig und verbindlich ist) den Inhalt ändern, aussetzen oder sogar für den Ortskern Schildesche generell löschen?“
2. „Steht der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke (Drucksachennummer 9963/2014-2020) im Zusammenhang mit dem Umbau Johannisstraße 23, um hier eine geplante Bauänderung zu erreichen? Wie ich gehört habe, liegt zurzeit an der Johannisstraße 23 ein Baustopp vor.“

Frage 1 beantwortet Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer direkt: Hierzu wird derzeit von der Bezirksvertretung Schildesche nichts geplant.

Die Antwort zu Frage 2 möchte Herr Hilker schriftlich erhalten.

-.-.-

Zu Punkt 1.8

Frage von Herrn Feldmann, Beckhausstraße 234, 33611 Bielefeld

Herr Feldmann hat Fragen zum Neubau Martin-Niemöller-Gesamtschule:

Warum ist das Gebäude so marode, dass es nicht saniert werden kann? Herr Feldmann möchte dazu ein Gutachten o.ä. einsehen.

Nach dem Umbau wird die Schule 6-zügig weitergeführt. Wo sollen die Schülerinnen und Schüler hin, die dadurch keinen Platz an der Schule bekommen?

Nach dem Neubau wird die Schule geteilt sein. Die jüngeren Schülerinnen und Schüler bleiben auf der Seite, auf der sich die Schule bisher befindet. Herr Feldmann weist daraufhin, dass dann die 10 – 11-jährigen Schülerinnen und Schüler dem Baulärm ausgesetzt sind. Dies sei nicht in Ordnung. Er weist zudem noch einmal daraufhin, dass seiner Meinung nach die vollständige Schule auf der bisherigen Seite untergebracht werden könnte.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer beantwortet die Fragen direkt (es erfolgt keine schriftliche Antwort):

Das bisherige Gebäude ist so marode und mit Schadstoffen belastet, dass ein Umbau nicht lohnt. Dies ist sowohl von städtischen Mitarbeitern als auch von externen Gutachtern festgestellt worden. Laut Ratsbeschluss ist beschlossen worden, das Schulgebäude neu an zwei Standorten zu bauen.

Die Anmeldezahlen für die Martin-Niemöller-Gesamtschule haben sich in

den vergangenen Jahren so entwickelt, dass 6 Klassen bestückt werden können. Die neue Planung passt folglich mit dem Bedarf überein. Die Schulaufsicht hat bereits die Genehmigung erteilt.

Das pädagogische Konzept kann an dem neuen, geteilten Standort optimal umgesetzt werden. Aktuelle, moderne Konzepte sehen vor, dass die verschiedenen Jahrgangsstufen in jeweils eigenen Gebäuden untergebracht werden.

-.-.-

Zu Punkt 1.9

Frage von Herrn Heinz Hilker, Am Pfarracker 52 e, 33611 Bielefeld zum Haus Johannisstraße 23

Nach Ansicht von Herrn Hilker ist nicht ausreichend geprüft worden, ob das Gebäude „Johannisstraße 23“ unter Denkmalschutz gestellt wird. Er ist mit der Einschätzung der Unteren und Oberen Denkmalbehörde nicht einverstanden, das Gebäude nicht unter Denkmalschutz zu stellen.

Seine Frage richtet sich an die Fraktionen: Ist eine oder sind mehrere bereit, ihn (Herrn Hilker) bei der Dienstaufsichtsbeschwerde zu unterstützen?

Herr von Neumann-Cosel erläutert, dass Herr Hilker beim Ministerium eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht hat. Diese Beschwerde liegt dem LWL und der Stadt Bielefeld vor. Beide werden jetzt Stellungnahmen über die Bezirksregierung bei der Obersten Denkmalschutzbehörde in Düsseldorf einreichen. Daraufhin wird dann eine abschließende Einschätzung aus Düsseldorf erfolgen. Es handelt sich hier folglich um ein laufendes Verfahren.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sichert Herrn Hilker zu, die Fraktionen um die Bitte der Unterstützung zu befragen.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 50. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 21.11.2019

Herr Weber merkt an, dass auf Seite 20 der Niederschrift zur 50. Sitzung am 21.11.2019 etwas falsch vermerkt wurde:

„Frau Gorsler und Herr Weber erläutern, dass laut Pflegebedarfsplanung die Statistik ein Überangebot in Schildesche aufweist“

muss ersetzt werden durch:

„Frau Gorsler und Herr Weber erläutern, dass der Mangel an Pflege-

heimplätzen in Schildesche nicht so groß ist wie in anderen Stadtteilen.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 50. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 21.11.2019 wird unter Berücksichtigung der Änderung nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Herr Hansen macht folgende Mitteilungen.

3.1 Bürgerprotest Neubau Laurentius-Heim

Herr Thomas Krause hat Fotos eines plakativen Bürgerprotests auf dem Grundstück erstellt, auf dem der Neubau des Laurentius-Heims entstehen soll. Die Fotos wurden den Mitgliedern der BV Schildesche zur Verfügung gestellt.

3.2 SCB Sportanlage Am Meierteich – Spielplatz

Frau Wißmann-Wahsner vom Umweltbetrieb teilt mit: Nachdem der Verein sich entschieden hat, die Erweiterung der Sportanlage nicht weiter zu verfolgen, steht jetzt die Aufwertung des Spielplatzes auf dem Gelände an. Hierzu werden ca. im Frühsommer 2020 entsprechende Pläne in der Bezirksvertretung Schildesche vorgestellt.

3.3 Energetische Sanierung der Geh- Radwegbeleuchtung an der Universitätsstraße zwischen Voltmannstraße und Vermittlung

Das Amt für Verkehr teilt dazu Folgendes mit:

Die Geh- Radwegbeleuchtung an der Universitätsstraße zwischen Voltmannstraße und Vermittlung ist abgängig. Die Restlebensdauer der vorhandenen Masten ist bereits 2018 abgelaufen und in den Leuchten sind noch Quecksilberdampf-Leuchtmittel verbaut. Daher sollen diese 30 Masten und Leuchten gegen Stelen (Mast mit „integrierter“ Leuchte) 1:1 ausgetauscht werden.

Es sollen die gleichen Stelen zum Einsatz kommen, wie sie schon im Geh- Radweg zwischen der Haltestelle Wellensiek und dem ENUS-Gebäude verbaut wurden. Durch die energetische Sanierung ergibt sich eine CO₂-Reduktion von etwa 69 %. Dies entspricht einer CO₂- Reduzierung von etwa 4,5 Tonnen pro Jahr. Die Maßnahme wurde von 660.23 mit dem BLB abgestimmt.

Die Baumaßnahme soll im Frühjahr 2020 öffentlich ausgeschrieben und noch in diesem Jahr kassenwirksam werden. Die Schätzkosten belaufen sich auf 186.000 € und werden zu 90% über das Kommunalinvestitionsförderungs-gesetz finanziert. Für die Maßnahme werden keine Anliegerbeiträge erhoben.

3.4 Dialog mit den Bezirksvertretungen zum Radverkehrskonzept

Am 4.2.2020 findet um 17 Uhr im Ratssaal eine Veranstaltung „Dialog mit den Bezirksvertretungen zum Radverkehrskonzept“ statt. Das Amt für Verkehr hat alle Bezirksvertretungen dazu eingeladen.

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Frühzeitige Informationen und Beteiligungen bei der Planung zum Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule (Anfrage der SPD-Fraktion v. 07.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10023/2014-2020

Anfrage

Mit Befremden haben wir die Antwort des ISB auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2019 zur Kenntnis genommen. Wir stellen fest, dass die BV Schildesche zu keiner Zeit offiziell über die veränderten Ausschreibungskriterien informiert wurde. Aus der Neuen Westfälischen vom 07.01.2020 mussten wir entnehmen, dass die Planung der verkehrlichen Situation durch das Amt für Verkehr und externe Planungsbüros erfolgen soll.

Ist es der Verwaltung möglich sicherzustellen, dass die Bezirksvertretung Schildesche bei allen künftigen Planungen zum Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule und zur verkehrlichen Situation „An der Reegt“ frühzeitig informiert und beteiligt wird.

Der Immobilienservicebetrieb beantwortet die Anfrage wie folgt:

Wie bereits erläutert, ist die Bezirksvertretung in mehreren Veranstaltungen über das Projekt „Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule“ informiert worden. So hat der ISB im Preisgericht für den Architekturwettbewerb der Bezirksvertretung Schildesche sehr bewusst mit der Absicht zwei Plätze angeboten, die BV Schildesche vollständig und zeitnah mit den aktuellen Informationen zum Projekt zu versorgen und hat damit auch Einfluss zum Wettbewerbsergebnis ermöglicht.

Zudem hat der Immobilienservicebetrieb am 6. Mai 2019 eine gemeinsame Sondersitzung von Schul- und Sportausschuss und Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb durchgeführt, zu der auch die Bezirksvertretung Schildesche eingeladen war. In dieser Sitzung hat der ISB mit Unterstützung durch das Büro Drees&Sommer über die Aufgabenstellung für den Wettbewerb zum Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule informiert. Dazu hat der ISB den vollständigen Auslobungstext zum Architekturwettbewerb zur Verfügung gestellt und während der Sitzung auch das Thema „Verkehrsplanung“ mit den zwangsweise notwendigen Veränderungen erläutert.

Vor diesem Hintergrund weist der ISB den Vorwurf zurück, dass die Bezirksvertretung Schildesche zu keiner Zeit offiziell über die veränderten

Ausschreibungskriterien informiert wurde.

Frau Kleinekathöfer merkt an, dass sich ihre Anfrage auf die Zukunft bezieht: Sie möchte, dass die BV Schildesche in Zukunft über alle Planungen zum Neubau MNG informiert wird (s. letzter Absatz der Anfrage).

Frau Kleinekathöfer merkt außerdem an, dass es trotz des Angebots, zwei Plätze im Preisgericht zu besetzen und trotz Teilnahme an der Sondersitzung zu keiner Zeit eine Stellungnahme möglich war zu der Tatsache, dass die Verkehrsplanung aus dem Wettbewerb entfernt wurde. Dies wurde zu Beginn der Sitzung des Preisgerichts nur mitgeteilt.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Würdigung der historischen Bausubstanz in Schildesche durch einheitliche Informationsstelen ((Anfrage der SPD-Fraktion v. 07.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10024/2014-2020

Anfrage

1. Ist es möglich, dass die Verwaltung in Absprache mit dem Heimatverein und interessierten Bürgern die Form einer Würdigung der historischen Bausubstanz in Schildesche (Beispiel Johannisstraße Nr. 23) z. B. durch einheitliche Informationsstelen findet?
2. Wäre eine konzeptionelle Aufarbeitung zur Erinnerungskultur in der Stadteilbibliothek Schildesche umsetzbar?

Frau Kleinekathöfer ergänzt mündlich zu der Anfrage, dass man sich für Stelen o.ä. entscheiden wolle, weil diese im öffentlichen Raum vor einem Gebäude aufgestellt werden können. Bei Schildern, die zum Beispiel an einer Hauswand angebracht werden, ist die Zustimmung des Hauseigentümers erforderlich.

Frau Gorlser weist daraufhin, dass im Ortskern Schildesche vielfältige historische Bausubstanz zu finden ist, die in ihrer Gesamtheit schutzwürdig ist. Die Kennzeichnung durch Informationsstelen und die Aufarbeitung der Erinnerungskultur zum Beispiel in der Stadteilbibliothek Schildesche würde dieses erhaltenswerte Kleinod unterstreichen.

Antwort der Unteren Denkmalbehörde zu 1.:

Der Heimatverein praktiziert bereits erfolgreich die Anbringung von Plexiglastafeln mit Informationstexten zur Ortsgeschichte direkt an historischen Gebäuden seit 2 Jahren in Abstimmung mit der Unteren Denkmalbehörde. Die Aufstellung von Informationsstelen vor Gebäuden ist grundsätzlich denkbar und sollte auf Grundlage eines einheitlich abgestimmten Gestaltungskonzeptes erfolgen.

Zur Johannisstraße 23:

Nach abschließender denkmalrechtlicher Prüfung durch die Untere Denkmalbehörde - im Benehmen mit dem westfälischen Amt für Denkmalpflege (LWL) – wird das Gebäude wegen fehlender Ablesbarkeit der historischen Nutzungen als nicht denkmalfähig eingestuft. Allerdings wird es aufgrund seiner Bedeutung für die Ortsgeschichte (insbesondere als jüdische Koscher-Schlachtereie) als erhaltenswert eingestuft. Gerade um die Erinnerung an die jüdische Ortsgeschichte wach zu halten, wird eine Informationstafel vor dem Gebäude Johannisstraße 23 als Ergänzung der bereits verlegten Stolpersteine seitens der Unteren Denkmalbehörde gefordert.

Antwort der Verwaltung zu 2.:

Nach Rücksprache mit der Stadtteilbibliothek Schildesche bestehen grundsätzlich keine Bedenken, eine konzeptionelle Aufarbeitung zur Erinnerungskultur für einen begrenzten Zeitraum in ihren Räumen zu zeigen. Hierzu müssten allerdings wesentliche Fragen vorab geklärt werden:

- Wie soll die Konzeption präsentiert werden?
(Ausstellungswände, Videopräsentation oder andere)
- Wer finanziert diese Konzeption?
- Wer entwickelt das Konzept und setzt es um?
(Planung - Ausführung mit Auf- und Abbau)
- Die Stadtteilbibliothek Schildesche kann die Präsentation zur Erinnerungskultur mit den vorhandenen Mitteln z.B. 2 kleine Stellwände, ein analoges Whiteboard und ein Flipchart unterstützen.
- Die Frage der Versicherung der Exponate müsste geklärt werden.

Dazu gibt die Stadtteilbibliothek Schildesche folgende ergänzende Erklärung ab:

Die Bezirksvertreter und Bezirksvertreterinnen sind herzlich eingeladen die Räume der Stadtteilbibliothek zu besichtigen, um eine passende Form für die Präsentation der Erinnerungskultur zu finden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis

Zu Punkt 4.3

Ladestationen für Elektrofahrzeuge am Obersee (Anfrage der SPD-Fraktion v. 06.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 10026/2014-2020

Anfrage

Ist es möglich oder vielleicht sogar schon geplant, Ladestationen für Elektrofahrzeuge auf den vorhandenen Parkplätzen auf der Südseite des Obersees zu installieren?

Das Umweltamt beantwortet die Anfrage wie folgt:

Seitens der Stadtwerke Bielefeld liegen Planungen für die Installation von Ladestationen für Elektrofahrzeuge für einen der Parkplätze am Obersee vor. Ein Antrag zur Gestattung liegt dem Amt für Verkehr vor.

Allerdings muss zunächst eine Kampfmittelsondierung durchgeführt werden. Daher kann derzeit kein konkreter Umsetzungszeitraum genannt werden

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis

Zu Punkt 4.4 **Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung am 21.11.2019 zum Pläßbad**

Die Anfrage

„Sind die Bauarbeiten Lehrschwimmbecken Pläßbad im Zeitplan und kann ab Februar 2020 der Schwimmbetrieb wiederaufgenommen werden?“

wird vom ISB wie folgt beantwortet:

„Der ISB geht davon aus, dass die Arbeiten im Januar 2020 abgeschlossen werden können. Wenn nicht noch etwas völlig Unvorhersehbares eintritt, ist der Betrieb ab dem 2. Schulhalbjahr gesichert.“

Zu Punkt 4.5 **Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung am 21.11.2019 zur Rappoldstraße**

Die **Anfrage** bezieht sich auf die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Rappoldstraße

Das Amt für Verkehr antwortet wie folgt:

Herr Wasyliw hatte bemängelt, dass an der Rappoldstraße ein Tempo 30 Schild fehle, wenn man von der Schmalenbachstraße nach links in Richtung Pläßstraße einbiege.

Auf das Schild wurde in Absprache mit der Polizei und dem Straßenbau- lastträger Stadt Bielefeld bewusst verzichtet. Von der Einmündung Schmalenbachstraße bis zum Beginn der Tempo 30 Strecke auf der anderen Seite stadteinwärts sind es lediglich 37 m, bis ohnehin wieder 50 km/h gefahren werden kann.

Der Eingang des Altenheims sowie die zugehörige Mittelinsel befinden sich außerdem in der anderen Fahrtrichtung.

Zu Punkt 4.6

Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung am 21.11.2019 zur Parksituation Apfelstraße

Die Fragen beziehen sich auf die Parksituation im unteren Teil der Apfelstraße.

1. Ist es mit der StVO und mit sonstigen Regelungen vereinbar, dass öffentlicher Straßenraum von Betrieben als langfristige Abstellfläche für betriebseigene Fahrzeuge genutzt wird?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Situation auch unter Sicherheitsaspekten zu verbessern?
3. Die Anfrage wird in der Sitzung mit der 3. Frage ergänzt um den Bereich vor der Martin-Niemöller-Gesamtschule, weil dort am Wochenende häufig ein LKW abgestellt ist, der beim Parken den Standstreifen überragt.

Das Amt für Verkehr antwortet wie folgt:

1. Ja, dies ist grundsätzlich gestattet. Lediglich Anhänger ohne eigenes Zugfahrzeug dürfen gem. § 12 Abs. 3b StVO nicht länger als 2 Wochen geparkt werden. Außerdem dürfen LKW über 7,5 t nicht regelmäßig in der Zeit von 22 bis 6 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen innerhalb geschlossener Ortschaften in Wohngebieten abgestellt werden (§ 12 Abs. 3a StVO).
2. Das Abstellen der Fahrzeuge ist nach der StVO zulässig und stellt auch kein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar. Die Unfallzahlen sind an dieser Stelle unauffällig. Das Amt für Verkehr wird sich im Rahmen der Planung u. a. aber auch mit den Parkstreifen befassen.
3. Auch dieser LKW darf dort geparkt werden, weil der Bereich nicht in einem Wohn-, sondern in einem Gemeinbedarfsgebiet liegt (s. Punkt 1). Das Fahrzeug ragt zwar einige Zentimeter in die Fahrbahn hinein, dies stellt jedoch keinen Parkverstoß gem. § 12 Abs. 4 StVO dar. Auf Nachfrage hat das Ordnungsamt bestätigt, dass keine Zuwiderhandlung gegen das Rechtsparkgebot vorliegt, wenn der Seitenstreifen für das Fahrzeug zu schmal ist und es dadurch in die Fahrbahn hineinragt.

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Verzicht auf einen weiteren Parkplatz am Obersee (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke v. 02.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9961/2014-2020

Die Bezirksvertretung Schildesche zieht ihren früheren Antrag auf Bau eines neuen, zusätzlichen Parkplatzes am Obersee zurück. Stattdessen soll das derzeit aus fünf Linien (27,31,51,101,155) bestehende Busangebot, das drei Haltestellen bedient (Obersee, Talbrückenstraße, Am Balgenstück) so ausgeweitet werden, dass auch am Wochenende zu jeder Straßenbahn-Ankunft an der Endhaltestelle Schildesche ein Bus Richtung Obersee bereitsteht. In einem Flyer soll über die Anfahrt mit ÖPNV und Fahrrad informiert werden. Außerdem sollten an den Zugängen zum See von der Talbrückenstraße aus zusätzliche Fahrradabstellanlagen angelegt werden.

Herr Godejohann begründet den Antrag: Auf Grund des an Wochenenden oft hohen Parkdrucks wurde der Bau eines zusätzlichen Parkplatzes schon vor mehreren Jahren von der BV Schildesche vorgeschlagen. Für das Jahr 2018 waren für die Planung 30.000 € in den Haushaltsplan eingestellt. Ein Planungsentwurf wurde der BV Schildesche aber bis heute nicht vorgestellt.

Zwischenzeitlich hat der Rat der Stadt Bielefeld ein neues Mobilitätskonzept verabschiedet. Das hat zur Konsequenz, dass alle mit dem Verkehr zusammenhängenden Beschlüsse auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Darunter fällt auch der geplante neue Parkplatz am Obersee. Gute und ausreichende Parkmöglichkeiten ziehen (möglicherweise zusätzlichen) Autoverkehr an, was nicht dem Ziel der „Verkehrswende“ entspricht. Daher sollte auf die Ausweitung von Parkplätzen verzichtet werden.

Der Obersee ist mit mehreren Buslinien erreichbar. Um die Attraktivität für die Fahrgäste zu erhöhen, muss die Taktung der Fahrpläne zum Obersee sowohl mit der Stadtbahn als auch mit anderen Buslinien abgestimmt werden. Dazu ist eine einfache Übersicht erforderlich (selbstverständlich auch im Internet), welche Busse wann von und zum Obersee fahren und welche Anfahrt- und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder es dort gibt.

Frau Bernert ergänzt, dass konsequente Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn man die Mobilitätswende ernst nimmt. Es gibt bereits drei Parkplätze. Einen weiteren zu verhindern wäre ein wichtiger Schritt hin zu einem klimafreundlicheren Bielefeld.

Herr Schäfers weist daraufhin, dass MoBiel die Taktung der Busfahrten nicht vorgegeben werden könne. Er gibt zu bedenken, dass häufig Familien mit kleinen Kindern im Kinderwagen zum Obersee fahren. Dabei sei die Anfahrt im Auto gegenüber Bus und Bahn komfortabler. Außerdem werden Parkplätze für den Halbfeld und den Sportplatz des VfL benötigt. Herr Schäfers schlägt vor zu prüfen, ob der Parkplatz des Media-Marktes am Sonntag für Besucher des Obersees geöffnet werden könnte. Von dort sei man in ca. 15 Gehminuten am Obersee.

Frau Kleinkathöfer bekräftigt, dass das Busangebot ausgebaut werden müsse. Zurzeit kann man sonntags erst ab mittags mit dem Bus den Obersee erreichen. Außerdem solle es mehr Fahrradparkplätze geben. Aber sie spricht sich für die SPD-Fraktion dafür aus, die Wiese, die zum Parkplatz umgebaut werden soll, am Wochenende für Autos zu öffnen.

Entgegen früherer Planung soll die Fläche aber nicht ständig zur Verfügung stehen und nicht mehr versiegelt werden, sondern nur mit einer Schranke o.ä. verschlossen werden. Die Betreiber des Halhofs haben sich bereit erklärt, die Schranke freitags zu öffnen und sonntags wieder zu verschließen.

Herr Krüger und Herr Weber erklären, dass die Anzahl der Autos in absehbarer Zeit nicht weniger wird. Außerdem erinnern sie daran, dass das vorgesehene Grundstück von der Stadt erworben wurde, um einen Parkplatz zu bauen. Sollte das Vorhaben nicht umgesetzt werden, entstehen weitere Kosten. Der Obersee ist eines der beliebtesten Ausflugsziele Bielefelds. Viele Besucher kommen mit dem Auto aus den umliegenden Städten – sie nutzen nicht den öffentlichen Nahverkehr. Herr Röwekamp ergänzt, dass am Wochenende aufgrund des hohen Parkdrucks die Autos kreuz und quer parken. Seitenstraßen werden zugeparkt, Anwohner finden keine Parkplätze mehr. Herr Wasyliw erinnert daran, dass beim Bau der Disc-Golf-Anlage zugesagt wurde, weitere Parkplätze zu bauen. Er spricht sich für die CDU-Fraktion für den Bau des Parkplatzes aus, unterstützt dabei aber die Anregung, die Parkplatzfläche nicht zu versiegeln. Es solle geprüft werden, wie der Parkplatz naturnah gebaut werden kann.

Frau Dederling begrüßt den Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion. Sie merkt an, dass die Nutzung durch den ÖPNV für eine Familie mit Hin- und Rückfahrt teuer ist.

Der Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer plädiert noch einmal ausdrücklich dafür, diesen Parkplatz nicht zu bauen und den Klimawandel ernst zu nehmen. Weitere Parkplätze führen in seinen Augen dazu, dass die Leute weniger bereit sind, Alternativen zum Auto zu nutzen. Diese Entwicklung müsse gestoppt werden.

Er lässt die BV Schildesche zuerst über den Antrag abstimmen, diesen Parkplatz nicht zu bauen:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 8
Enthaltung: 3

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Anschließend wird auf Anregung der SPD-Fraktion **folgender Prüfauftrag** gestellt:

Um die verschiedenen Anforderungen der Besucher des Obersees, des Halhofs, des Sportplatzes und der Gastronomie gerecht zu werden, wird der neue Parkplatz benötigt. Der Parkplatz wird dabei nicht dauerhaft, sondern am Wochenende von Freitagmittag bis Sonntagabend, feiertags und bei besonderen Veranstaltungen geöffnet. Der Halhof erklärt sich bereit, die Öffnung von freitags bis sonntags sicherzustellen. Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah ein Konzept vorzustellen, wie der neue Parkplatz entweder unbefestigt oder naturnah ausgebaut – nicht versiegelt – genutzt werden kann.

Die Bezirksvertretung beschließt diesen **Prüfauftrag**:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 6

Beschluss:

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Anpassung des Bebauungsplanes für den Ortskern Schildesche an die Erhaltungssatzung (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke 02.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9963/2014-2020

Herr von Neumann-Cosel berichtet unter TOP 9 (siehe dort) ausführlich über die Bebauungspläne und die Erhaltungssatzung im Ortskern Schildesche.

Nach längerer Diskussion innerhalb des TOP 9 einigt sich die BV darauf, den Beschlusstext dieses Antrags in folgenden

Prüfauftrag abzuändern:

Das Bauamt erstellt eine Liste der gegenwärtig in Arbeit befindlichen Bebauungspläne mit der derzeitigen Priorisierung und prüft, ob Spielraum für eine andere Priorisierung besteht (ggf. Zurückstellung eines anderen Bebauungsplans zugunsten der Fortführung des B-Planes „Ortskern Schildesche“)

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet das Bauamt, die Anpassung der beiden Bebauungspläne für den Ortskern Schildesche an die Erhaltungssatzung für den Ortskern Schildesche mit hoher Priorität vorzunehmen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/2/14.03 "Wohnen zwischen Beckhausstraße und Huchzermeierstraße" für eine Teilfläche östlich der Beckhausstraße und westlich der Huchzermeierstraße im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB

- Stadtbezirk Schildesche -

- Entwurfsbeschluss

- Beschluss zur Durchführung der Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9383/2014-2020

Dadurch, dass sich der Prüfauftrag zur Standortfrage eines Feuerwehrgerätehauses für die freiwillige Feuerwehr Schildesche noch in der finalen Abstimmung der Fachverwaltung befindet und ein Ergebnis bis zur Sitzung nicht vorlag ist entschieden worden, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung am 13. Februar 2020 zu verschieben.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 7

Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten an städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2020/2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9944/2014-2020

Herr Weber stellt den Antrag auf 1. Lesung. Die Zahlen dieser Vorlage seien nach einer Rückmeldung aus dem Schulausschuss nicht endgültig belastbar. Er geht davon aus, dass bis zur Februar-Sitzung korrigierte Zahlen vorliegen.

Die Mitglieder der BV Schildesche stimmen diesem Antrag einstimmig zu.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 8

Berichterstattung über das Schülerparlament (Jahr der Demokratie)

Kurzbericht zum Schülerparlament Schildesche als Projekt im Jahr der Demokratie 2019

Herr Michael Töpler, Referent für Eltern und Schule beim Grundschulverband e.V. hat das Projekt begleitet und die Sitzungen des Schülerparlaments moderiert. Er berichtet zusammenfassend:

„Das Schülerparlament Bielefeld Schildesche wurde auf Initiative von Sena Özisik ins Leben gerufen. Die Bezirksvertretung Schildesche nahm die Idee auf und setzte das Projekt im Jahr der Demokratie 2019 um. Nach einer Informationsveranstaltung im Mai 2019 wurden an den sieben teilnehmenden Schulen je zwei Delegierte und zwei StellvertreterInnen gewählt. In der ersten Sitzung am 4.7.2019 wurden aus dem Kreis der Delegierten Themen gesammelt. Die Themen wurden in zwei Gruppen eingeteilt und dort näher besprochen. Die drängendsten Fragen betrafen den Schulweg, den öffentlichen Nahverkehr, die Schultoiletten und die Sportanlagen. In den kommenden drei Sitzungen wurden ExpertInnen aus der Verwaltung zu allen vier Themenfeldern eingeladen. Hinzu kam die Projektvorstellung des Fördervereins der Martin Niemöller Gesamt-

schule zum Umgang mit Schultoiletten.

Die Delegierten bekamen zu allen Themen umfassende Informationen und konnten ihre Fragen stellen. Zum Teil konnten direkte Anregungen zu konkreten Problemen an die Verwaltung mitgegeben werden. An dieser Stelle sei auf die sehr große Bereitschaft der Verwaltung zur Unterstützung des Schülerparlamentes hingewiesen! Neben den vier Themenfeldern ging es auch um Öffentlichkeitsarbeit und die künftige Gestaltung der Schülermitwirkung auf kommunaler Ebene. Zu jeder Sitzung gibt es ein Protokoll. Nach dem Abschluss des Projektes am 10.12.2019 ist die Zukunft des Schülerparlamentes offen. Das Organisationsteam wird versuchen, gemeinsam mit der Stadt Bielefeld eine gute Möglichkeit für die dauerhafte Beteiligung der Kinder und Jugendlichen auf kommunaler Ebene zu finden. Dafür ist ein Gespräch mit Herrn Nürnberger am 23.1.2020 geplant. Dort werden die Initiatorin Sena Özisik, der Bezirksbürgermeister aus Schildesche, Prof. Dr. Martin Sauer und Michael Töppler als organisatorischer Begleiter über konkrete nächste Schritte sprechen.

Die teilnehmenden SchülerInnen waren sehr engagiert und haben die Möglichkeit, ihre Meinung frei und offen zu sagen, vielfach genutzt. Natürlich sind sie auch gespannt, welche konkreten Ergebnisse aus den Gesprächen mit der Verwaltung folgen werden.

Für die Teilnahme am Schülerparlament haben alle Delegierten am Ende eine Urkunde bekommen, überreicht von Sena Özisik und dem Bezirksbürgermeister von Schildesche, Prof. Dr. Martin Sauer. Dabei wurde auch ein besonderer Dank an die Eltern ausgesprochen, die ihren Kindern die Teilnahme mit ermöglicht haben.

Wichtige Fragen und Erkenntnisse:

- Sprachebene für verschiedene Gruppen anpassen (evtl. zwei Protokolle)
- Kompromisse zwischen überschaubarem Zeitrahmen und vielfältiger Arbeit finden
- Verzahnung mit der Arbeit in den Schulen unterstützen / aufbauen
- Ergebnisse aus der Verwaltung rückmelden
- „Fortbildungen“ entwickeln / von externen Experten einholen
- Verschiedene Formen der Zusammenarbeit in den Sitzungen anbieten
- Der Kontakt zwischen den Sitzungen ist ein Problem. Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es?
- Gruppengröße war gut. Wie kann man andere Bezirke begeistern, was wäre auf Stadtebene umsetzbar?“

Herr Krüger begrüßt das Engagement der Kinder und Jugendlichen und weist daraufhin, dass die Bezirksvertretung Schildesche sie auch an anderen Stellen in demokratische Abläufe einbindet. Ein Beispiel ist die Gestaltung des Kreisels „Voltmannstraße/Schloßhofstraße“ durch SchülerInnen der Laborschule.

Frau Kleinekathöfer berichtet positiv vom durchgeführten Fachtag an der Grundschule Windflöte in Bielefeld Senne. Dort haben Delegierte des Schülerparlamentes ihr Projekt in einem Workshop vorgestellt. Für die Kinder und Jugendlichen waren Erfolgserlebnisse wichtig. So wurden auf ihre Anregungen vor einer Schule Tempo-30-Schilder aufgestellt.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer fasst kurz die Ergebnisse der Umfrage zusammen, die am Ende des Projekts durchgeführt wurde. Rückmeldungen kamen von 4 Schulen:

- Alle bewerteten das Projekt als sehr gelungen bzw. bedingt gelungen
- Alle lobten das Engagement der SchülerInnen. Diese haben ihre Erfahrungen auch gut in die befragten Schulen weitergetragen
- Manche SchülerInnen waren inhaltlich leicht überfordert, aber sehr begeistert bei der Sache
- Die Schulen fanden den benötigten Aufwand zumutbar
- Alle finden, dass das Projekt fortgeführt werden soll, aber unter anderen Bedingungen

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer zieht ein Resümee und bemerkt positiv, dass durch dieses Projekt das Thema „Kinderrechte“ in die Aufmerksamkeit gerückt wird. Allerdings gebe es kaum greifbare Ergebnisse. Dies könne leicht zur Politikverdrossenheit führen. Sollte das Projekt stadtweit weitergeführt werden, sollte es nur weiterführenden Schulen und damit älteren SchülerInnen angeboten werden.

Er regt an, 1 x jährlich eine Ideenwerkstatt mit den SchülersprecherInnen der Schildescher Schulen durchzuführen. Vor der Veranstaltung werden alle SchülersprecherInnen aufgefordert, ihre Wünsche und Anregungen zum einem festgesetzten Thema, z.B. „Wie kann man Schildesche lebenswerter machen“ einzureichen.

Frau Gorsler und Frau Peppmüller-Hilker bedanken sich sehr bei Herrn Töpler für die gute Vorbereitung und Begleitung des Projekts. Sie hätten sich vor allem für die SchülerInnen mehr greifbare Ergebnisse gewünscht.

Herr Töpler entgegnet, dass für die SchülerInnen der Erkenntnisgewinn über die Prozesse schon ein gutes Ergebnis darstellt. Durch das Projekt haben sie gelernt, an wen sie sich mit einem Problem wenden können. Dadurch entwickelt sich ein positives Gefühl, Einfluss zu haben. Sie fühlten sich sowohl von der Bezirksvertretung als auch von der Verwaltung ernst genommen.

Herr Hansen berichtet abschließend, dass 2019 50.000 Euro bei der Stadt Bielefeld für Projekte im Rahmen der Demokratie zur Verfügung gestanden haben. Diese Summe wird auch in den nächsten Jahren bereitgestellt.

Zu Punkt 9

Bericht über Erhaltungssatzung und Bebauungspläne im Ortskern Schildesche und Denkmalschutz "Johannisstraße 23"

Herr von Neumann-Cosel, Untere Baubehörde/Bauamt, weist zu Beginn auf den Antrag TOP 5.2 dieser Sitzung hin. Er erklärt, dass das Thema Erhaltungssatzung und Fortsetzung des Bebauungsplanes II/2/29.01 bereits in der BV Schildesche am 23.11.2017 öffentlich besprochen wurde. Die wesentlichen Aussagen gelten grundsätzlich auch heute noch. Hierzu zitiert er auszugsweise aus der damaligen Antwort des Bauamtes (siehe Anlage).

Auch bis heute wurde das Verfahren zur Neuaufstellung bzw. Änderung des B-Planes „Ortskern Schildesche“ nicht weitergeführt, da u.a. im Zusammenhang mit der bestehenden Bedarfslage nach Wohnraum im Stadtgebiet zunächst andere Prioritäten der Durchführung von Bauleitplanverfahren durch die Verwaltung gesetzt wurden.

Herr Dr. Hawerkamp stellt nach diesen Erläuterungen zu den Bebauungsplänen in Schildesche anhand von Beispielen die Frage, wie es geschehen kann, dass trotz der Erhaltungssatzung historische Gebäude durch „gesichtslose Neubauten“ ersetzt werden. Herr von Neumann-Cosel erklärt, dass möglicherweise die Eigentümer im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren die Unwirtschaftlichkeit des Erhalts des historischen Gebäudes nachweisen. Das Bauamt achtet darauf, dass Neubauten in einem passenden Rahmen geplant werden. Er weist daraufhin, dass es grundsätzlich erwünscht sei, dass der Bebauungsplan auf einen neuen Stand in Anpassung an die Ziele der Erhaltungssatzung gebracht werden müsste, dass dazu aber personelle Kapazitäten fehlen.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer weist auf die erhebliche Diskrepanz zwischen den Bebauungsplänen und der Erhaltungssatzung hin. Herr von Neumann-Cosel erklärt, dass einerseits die Einhaltung des Bebauungsplans und andererseits die der Erhaltungssatzung zu prüfen sind. Im Fall von Widersprüchen und einer möglichen Klage würde wahrscheinlich das aktuellere Recht, nämlich die Erhaltungssatzung stärker gewichtet werden. Bisher sei es allerdings immer gelungen, einen Kompromiss zu erzielen.

Auf die ergänzende Frage von Herrn Wasyliw, wann die Baupläne entsprechend der Erhaltungssatzung angepasst werden, weist Herr von Neumann-Cosel auf fehlende personelle Kapazitäten hin und erklärt, dass diese Aufgabe möglicherweise extern vergeben werden müsste. Zeitnah sei mit einer Umsetzung nicht zu rechnen.

Herr von Neumann-Cosel fährt mit seinem Vortrag fort und erläutert zunächst allgemein, später konkret am Beispiel Johannisstraße 23 die Kriterien für die Einstufung eines Gebäudes als Denkmal. Das Haus Johannisstraße 23 erfüllt diese Kriterien nicht. Nachfolgend wird ein Auszug der Begründung von der LWL-Denkmalpflege von November 2019 zitiert:

...“Insgesamt ist in diesem Zustand die Geschichte des Hauses und seiner Bewohner nicht mehr ablesbar – das gilt sowohl für die frühe Geschichte als jüdische Schlachtereierie wie auch für die Nutzungen nach 1945.

Das Vorliegen wissenschaftlicher oder volkskundlicher Gründe im Sinne des Denkmalschutzgesetzes muss daher verneint werden. Eine grundsätzliche ortsgeschichtliche Bedeutung ist aber durch die Nutzung als für das jüdische Gemeindeleben wichtige Koscher-Schlachtereie gegeben, so dass es sich bei dem Gebäude um erhaltenswerte Bausubstanz handelt.“

Herr von Neumann-Cosel weist auf das laufende Verfahren hin, weshalb er zum aktuellen Umbaugeschehen des Hauses derzeit nichts sagen kann. Er verweist dazu auf den nichtöffentlichen Teil der kommenden Sitzung am 13.2.2020.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer unterbricht die Sitzung und gibt verabredungsgemäß Herrn Heinz Hilker die Möglichkeit, seine Einwohnerfrage zu stellen (s. TOP 1.9)

Frau Peppmüller-Hilker regt an, den Aspekt, dass es sich bei dem Haus Johannisstraße 23 um eine Koscher-Schlachtereie gehandelt hat, mehr in den Vordergrund zu stellen. Herr von Neumann-Cosel stimmt diesem Gesichtspunkt zu, weist aber auch daraufhin, dass schriftliche Belege benötigt werden.

Auf die Frage von Frau Kleinekathöfer, in welcher Form die Dokumentation für eine Hinweistafel oder Stele für das Haus vorgenommen werden soll, erklärt Herr von Neumann-Cosel, dass voraussichtlich der Bauherr mit der abschließenden Baugenehmigung die Auflage bekommt, dies zu übernehmen. Er könne sich vorstellen, dass der Bauherr einen Prototyp gemeinsam mit dem Heimatverein entwickelt und diesen Entwurf in der BV Schildesche vorstellt. Frau Kleinekathöfer begrüßt diese Vorgehensweise und verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion in der heutigen Sitzung (s. TOP 4.2).

Die BV bedankt sich bei Herrn von Neumann-Cosel für die Erläuterungen.

Anlage zu Top 9

Mitteilung des Bauamtes

BV-Schildesche 23.11.2017 öffentlich

Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 13.11.2017 DruckSachNr: 5749/2014-2020

„Erhaltungssatzung für den Ortskern Schildesche“

(Text siehe DruckSachNr. 5749/2014-2020)

Antwort der Verwaltung:

Eine Überarbeitung der bestehenden Erhaltungssatzung für den Ortskern Schildesche ist bislang nicht eingeleitet worden und auch inhaltlich nicht erforderlich, da es möglich und ausreichend ist, den Schutz von erhaltenswerten Gebäuden über weitergehende Festsetzungen in dem be-

schlossenen Bebauungsplan „Ortskern Schildesche“ zu sichern.

Bei der durchgeführten Untersuchung, an der auch der LWL (Landschaftsverband) beteiligt war, hat sich gezeigt, dass noch weitere Gebäude im Ortskern von Schildesche eine Denkmaleigenschaft besitzen und in Kürze in die Denkmalliste - nach Abschluss des Anhörungsverfahrens – eingetragen werden.

Zum Bebauungsplan-Verfahren Nr. II/2/29.01 „Ortskern Schildesche“

Das Verfahren wurde durch den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 19.01.2010 eingeleitet. Im Rahmen der Neuaufstellung ist beabsichtigt, in dem bereits überwiegend bebauten Plangebiet Potentiale für eine maßvolle und behutsame Nachverdichtung im zentralen Bereich von Schildesche zu untersuchen. Im Wesentlichen sollen die Ziele der hier bestehenden Erhaltungssatzung aus den 1990er Jahren konkretisiert und der vorhandene Gebäudebestand mit seinen vielen Baudenkmalen sowie der schützenswerte Baumbestand unter Würdigung der heutigen Bebauungs-, Verkehrs- und Freiflächenstruktur gesichert werden. Hierzu sollen die beiden betroffenen rechtsverbindlichen Bebauungspläne aus den 1970er Jahren entsprechend angepasst und detaillierte Gestaltungsfestsetzungen entwickelt werden.

Als Grundlage für das B-Plan-Verfahren wurde im Sommer 2010 eine umfangreiche Bestandsaufnahme durchgeführt. Die Ergebnisse der Bestandsdokumentation wurden unter dem Titel „Architektur, Bäume und Gestaltung“ zusammengefasst und u.a. im Rahmen einer öffentlichen Präsentation am 01.12.2010 in der Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule der Öffentlichkeit vorgestellt und mit dieser erörtert. Die Öffentlichkeit hatte ferner im Rahmen der Bestandsdokumentation die Möglichkeit, sich im Zeitraum vom 29.11.2010 bis 28.02.2011 online zu beteiligen.

Aufgrund anderer politischer Prioritätensetzungen konnte das Bauleitplanverfahren bislang nicht weitergeführt werden. Für den Teilbereich „Marktplatz“ ist beabsichtigt, zeitnah einen separaten Bebauungsplan aufzustellen, welcher das Konzept der Anwohnerplanung als Ergebnis des „Runden Tisches“ berücksichtigt. Damit wird der Geltungsbereich des o.g. Bebauungsplan entsprechend reduziert.

I.A.

A. v. Neumann-Cosel

-.-.-

Zu Punkt 10

Beschluss über schulische Sondermittel

Ohne weitere Aussprache fasst die BV Schildesche folgenden

Beschluss:

Die Schulischen Sondermittel in Höhe von 1.730,- € sollen ab 2019 jährlich wie folgt vergeben werden:

- Bültmannshofschule 289,- €
- Eickendorffschule 273,- €
- Plaßschule 242,- €
- Stiftsschule 208,- €
- Sudbrackschule 319,- €
- Brodhagenschule 223,- €
- Hamfeldschule 176,- €

Die Mittel sollen für wichtige schulische Zwecke verwendet werden, die nirgendwo anders gedeckt werden können.

- einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 11 **Verwendung von Sondermitteln für den Stadtbezirk Schil-**
desche im Haushaltsjahr 2020

Vor der nächsten Sitzung am 13.2.2020 trifft sich die „AG Sondermittel“ (aus jeder Fraktion eine Person), um über die Verteilung der Sondermittel für 2020 zu beraten.

Erste Vorschläge werden genannt:

- Mittel für Bücherschrank
- Drei Kottütenspender (Wunsch von Herrn Stefan Meier, Amt 700)
- Fahrradreparaturstände
- Torbogen Sudbrackhaus

Herr Hansen weist daraufhin, dass es durch die im September 2020 stattfindende Kommunalwahl einige Zeit dauern kann, bis wieder eine Sitzung der Bezirksvertretung einberufen wird. Er regt an, möglichst viel Vorschläge bis August 2020 einzureichen.

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der**
Verwaltung zum Sachstand

Keine
